

OECD ENVIRONMENTAL STRATEGY: 2004 REVIEW OF PROGRESS

Summary in German

OECD-UMWELTSTRATEGIE: SACHSTANDSBERICHT 2004

Zusammenfassung in Deutsch

Die OECD-Umweltstrategie wurde 2001 von den Mitgliedstaaten angenommen

Die *Umweltstrategie für die erste Dekade des 21. Jahrhunderts* der OECD wurde am 16. Mai 2001 von den Umweltministern der OECD-Länder angenommen und auf der OECD-Ministerkonferenz vom 17. Mai 2001 offiziell bestätigt. In der Strategie wurden fünf miteinander verknüpfte Ziele identifiziert, deren Verwirklichung zur Stärkung kostenwirksamer, funktionsfähiger Umweltpolitiken im Kontext der nachhaltigen Entwicklung beitragen soll. Die OECD-Länder benannten eine Reihe wichtiger Herausforderungen, die zur Verwirklichung dieser Ziele bewältigt werden müssen, listeten 71 hierfür erforderliche nationale Aktionen auf und beauftragten die OECD, sie bei dieser Aufgabe durch weitere Arbeiten in einer Reihe von Bereichen zu unterstützen. Die spezifischen Umweltprobleme, die in der *Umweltstrategie* besonders hervorgehoben werden, entsprechen denen, die im *OECD Environmental Outlook 2001* als besonders dringliche Anliegen identifiziert worden waren, d.h. als Probleme, die vordringlich in Angriff genommen werden müssen, um bei der Verwirklichung des längerfristigen Ziels einer ökologisch nachhaltigen Politik Fortschritte zu erzielen.

Zur vollständigen Umsetzung dieser Strategie bedarf es weit ehrgeizigerer Maßnahmen als bisher

In dem Bericht wird ein Überblick über die ersten Fortschritte bei der Umsetzung der *OECD-Umweltstrategie* gegeben. Die globale Schlussfolgerung lautet, dass die Länder in vielen Bereichen einen guten Anfang gemacht haben, dass aber wesentlich ehrgeizigere Maßnahmen ergriffen werden müssen, wenn die Strategie bis 2010 vollständig umgesetzt sein soll. Die derzeitigen Maßnahmen sind unzureichend, um die biologische Vielfalt hinreichend zu schützen oder den Klimawandel in den Griff zu bekommen, und die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Umweltbelastungen geht in einigen Schlüssel-

sektoren zu langsam vorstatten. Der Bericht nennt eine Reihe von Hindernissen, die umweltpolitischen Reformen entgegenstehen – sie umfassen sowohl politische Hindernisse, wie die unzureichende Politikintegration, als auch Informationsmängel –, die beseitigt werden müssen. Die OECD-Umweltminister werden zunehmend mit ihren Amtskollegen in anderen Ministerien bzw. anderen Ländern sowie mit Partnern aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten müssen, um sicherzustellen, dass geeignete umweltpolitische Maßnahmen konzipiert und umgesetzt werden.

Ziel 1:
*Aufrechterhaltung
der Integrität der
Ökosysteme*

Ziel 1 der *OECD-Umweltstrategie* bezieht sich vor allem auf die Erhaltung der Integrität der Ökosysteme durch effiziente Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen. Dabei wird auf drei prioritäre Bereiche verwiesen, denen besondere Aufmerksamkeit gelten muss: Klimawandel, Süßwasser und biologische Vielfalt.

Wenn die Treibhausgasemissionen in vielen OECD-Ländern auch weiter zunehmen, so haben doch die meisten von ihnen die Treibhausgasintensität ihres Wirtschaftswachstums verringert. Viele sind Partnerschaften mit dem privaten Sektor und anderen Ländern eingegangen, um Synergien bei der Entwicklung von Instrumenten und neuen Technologien zur Bewältigung des Klimawandels zu erzielen. In rund der Hälfte der OECD-Staaten gibt es Kohle- oder Energiesteuern, in etwa gleich vielen Ländern existieren freiwillige Selbstbeschränkungsabkommen mit der privaten Wirtschaft in Sachen Klimaschutz, und auch Emissionshandelssysteme gewinnen immer mehr an Bedeutung.

*Die OECD-Länder
müssen weitere
Maßnahmen ergreifen,
um ihre derzeitigen
Klimaziele zu erreichen
und sich auf künftige
Klimaänderungen
einstellen zu können*

Dennoch ist klar, dass zusätzliche Maßnahmen erforderlich sind, wenn die Ziele des Rahmenabkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen erreicht werden sollen, ganz abgesehen von den Zielen, auf die sich die meisten OECD-Länder im Rahmen des Kyoto-Abkommens geeinigt haben. Systeme für den Emissionshandel, CO₂-Steuern und projektgebundene Flexibilitätsmechanismen werden zwar erst jetzt langsam in den OECD-Ländern eingeführt, als Bestandteil des zukünftigen Katalogs von Klimaschutzmaßnahmen werden sie jedoch zunehmend an Bedeutung gewinnen, damit die Kosten auf einem akzeptablen Niveau gehalten werden können. Insofern in den kommenden Jahrzehnten trotz der derzeitigen Verpflichtungen zur Treibhausgasverringerung mit erheblichen Klimaänderungsfolgen gerechnet wird, müssen die OECD-Länder Anstrengungen unternehmen, um Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel sowohl in die nationale Politik als auch in ihre Programme für die Entwicklungszusammenarbeit einzubeziehen.

Die OECD-Länder haben Fortschritte beim Wasserverbrauchsmanagement erzielt und sich zugleich mit Problemen des Zugangs zu bzw. der Erschwinglichkeit von Wasserdiensten befasst

Den meisten OECD-Ländern ist es gelungen, durch ein geeignetes Management ihrer Süßwasserressourcen ein zur Deckung des Bedarfs ihrer Bevölkerung hinreichendes Angebot sicherzustellen, u.a. durch den verstärkten Einsatz von Preismechanismen zur Steuerung der Nachfrage. Ferner wurde auch sozialen Anliegen in Bezug auf den Zugang zu bzw. der Erschwinglichkeit von Wasserdiensten für einkommensschwache Haushalte verstärkte Aufmerksamkeit geschenkt. Eine größere Herausforderung ist jedoch die Gestaltung und Umsetzung einer Wasserbewirtschaftungspolitik, die dem Süßwasserbedarf der Ökosysteme wie auch der Menschen besser gerecht wird. Die OECD-Länder haben sich verpflichtet, bis 2005 integrierte Wasserbewirtschaftungspläne auszuarbeiten, deren sachgerechte Umsetzung jedoch erhebliche Mittel erfordern wird. Wenn in den meisten Ländern auch eine nachhaltige Nutzung des Wasserdargebots auf nationaler Ebene gewährleistet ist, kann sich doch dahinter die Tatsache verbergen, dass der Wasserverbrauch in manchen Regionen (z.B. in trockenen oder halbtrockenen Gebieten) und während bestimmter Perioden untragbar ist.

Die am stärksten verschmutzten Gewässer der OECD-Länder sind gereinigt worden, und die von Punktquellen – insbesondere industriellen und städtischen Abwassersystemen – ausgehende Verschmutzung der Oberflächengewässer wurde deutlich reduziert. Weniger Fortschritte wurden hingegen bei der Verringerung der von landwirtschaftlichem Sickerwasser und sonstigen diffusen Quellen ausgehenden Verschmutzung erzielt. In der Mehrzahl der OECD-Länder sind die grundlegenden Qualitätsstandards für Binnengewässer (Eignung zum Fischfang und zum Baden) noch nicht erfüllt. Zudem geht der Trend in den meisten OECD-Ländern in Richtung einer Verschlechterung der Grundwasserqualität, die namentlich durch einen hohen Pestizid- und Nitratgehalt sowie in manchen Ländern durch Versalzung bedingt ist.

Der Schwund der biologischen Vielfalt außerhalb der Naturschutzgebiete setzt sich fort, und gemeinsame Naturschätze wie Fischbestände werden überbeansprucht

Die zur Verwirklichung von Zielen der biologischen Vielfalt eingerichteten Naturschutzgebiete erstrecken sich inzwischen über 14,6% der gesamten Landfläche der OECD-Länder, und bei der Schaffung ökologischer Netzwerke mit Verbindungskorridoren zwischen den verschiedenen Naturschutzgebieten wurden gewisse Fortschritte erzielt. Die Verwaltung der Naturschutzgebiete muss allerdings deutlich verbessert werden, und dringend notwendig ist auch eine größere Zahl von Meeresschutzgebieten. Es wird nicht genug getan, um den Schwund und die Fragmentierung der Habitate außerhalb der Naturschutzgebiete zu bremsen oder bei der Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen das Ökosystemkonzept anzuwenden, was auf die mangelnde Integration von Fragen der biologischen

Vielfalt in eine Reihe von sektorspezifischen Politiken (z.B. Landwirtschaft, Fischfang, Waldwirtschaft, Fremdenverkehr) zurückzuführen ist. Der Prozentsatz der bekannten Arten, die vom Aussterben bedroht sind, nimmt weiter zu, und die Indikatoren für die Gesamtzahl der noch in freier Wildbahn lebenden Wirbeltiere sind nach wie vor rückläufig. In den letzten Jahren sind zwar ein paar wichtige internationale Übereinkommen zur Förderung einer nachhaltigen Fischereibewirtschaftung in Kraft getreten, es ist jedoch noch zu früh, als dass deren Umsetzung den anhaltenden Trend zur Überfischung bereits jetzt verlangsamen könnte.

Die OECD-Länder setzen mittlerweile ein breiteres Spektrum politischer Instrumente ein, um Anreize für die nachhaltige Nutzung und die Erhaltung der biologischen Vielfalt zu schaffen, doch sind die (öffentlichen und privaten) Gesamtausgaben für den Schutz der Natur nach wie vor begrenzt. Zur Förderung einer nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt wird vermehrt auf marktorientierte Instrumente (Gebühren, Entgelte und Umweltsteuern) zurückgegriffen, ebenso wie auf die Zuweisung genau definierter Eigentumsrechte, wie z.B. Festsetzung individueller übertragbarer Fischfangquoten und Entwicklungsrechte zum Schutz von Feuchtgebieten.

Ziel 2:
*Entkoppelung von
Wirtschaftswachstum
und Umweltbelastungen*

Bei Ziel 2 der *OECD-Umweltstrategie* liegt das Hauptaugenmerk auf der Notwendigkeit einer Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Umweltbelastungen mit Blick auf die Schaffung nachhaltiger Verbrauchs- und Produktionsstrukturen. Im Vordergrund stehen dabei Landwirtschaft, Energie und Verkehrswesen.

*Die Anstrengungen zu
Gunsten eines schritt-
weisen Abbaus oder
einer Reform umwelt-
schädlicher Agrar-
subventionen müssen
beschleunigt werden*

Bei der Verringerung der von der Landwirtschaft ausgehenden Umweltbelastungen wurden zwar gewisse Fortschritte erzielt, es muss jedoch noch wesentlich mehr geschehen. Flächennutzung und Bodenschwund haben abgenommen, die langfristige Verringerung der landwirtschaftlichen Biodiversität hat sich verlangsamt, und die agrarwirtschaftlichen Treibhausgasemissionen sind etwas gesunken. Hingegen ist der Wasserverbrauch der Landwirtschaft gestiegen, und der Nährstoff- und Pestizidgehalt des Sickerwassers ist in vielen Ländern nach wie vor hoch. Viele OECD-Länder reagieren auf die landwirtschaftlichen Umweltbelastungen, indem sie verstärkt von agrarökologischen Maßnahmen und *Cross-Compliance*-Auflagen Gebrauch machen, die die Landwirte dazu zwingen, bestimmte Umweltkriterien zu erfüllen, um Anspruch auf Unterstützung zu haben. Marktpreisstützung, produktionsabhängige Zahlungen und Aufwandssubventionen – die potenziell umweltschädlichsten Subventionsformen – machen jedoch nach wie vor 80% der gesamten Agrarstützungsmaßnahmen aus.

Als positive Entwicklung ist die Einrichtung eines Aufsichtssystems zur Überwachung der potenziellen Umwelt- und Gesundheitseffekte genetisch veränderter Organismen in allen OECD-Ländern zu werten.

Die Umwelt- und Gesundheitseffekte einiger wichtiger vom Verkehr verursachter Luftschadstoffe nehmen in den OECD-Ländern seit einiger Zeit ab. Bei den meisten dieser Schadstoffe ist das Emissionsniveau jedoch nach wie vor hoch, und die Grenzwerte für die Luftqualität sowie die kritischen Niveaus und Depositenraten für Säureablagerungen, Eutrophierung und troposphärisches Ozon werden immer noch überschritten. Bei der Lärminderung, der Eindämmung der Fragmentierung der Habitate und der Verringerung der verkehrsbedingten Wasserverschmutzung geht die Entwicklung langsamer voran, was auf die kontinuierliche Expansion der Straßennetze und des Gesamtverkehrsaufkommens zurückzuführen ist; zugleich haben die verkehrsbedingten Kohlendioxidemissionen weiter zugenommen.

Die verkehrsbedingten Luftschadstoffemissionen wurden erheblich reduziert, es bedarf jedoch ehrgeizigerer Maßnahmen zur Bekämpfung der Verkehrsüberlastung in Städten sowie zur Einhaltung der Standards für die Luftqualität

Ausgehend von den besten verfügbaren Umweltschutztechnologien wurde in allen OECD-Ländern ein bis 2008 reichender offizieller Zeitplan für die Einhaltung der Luftqualitätsziele und der Emissionsobergrenzen festgelegt. Viele Länder haben ihre Verkehrssteuer- und -gebührensyste reformiert, um den Umweltexternalitäten und Verkehrsüberlastungen gezielter Rechnung tragen zu können und eine Umstellung auf weniger umweltschädliche Verkehrsmittel zu begünstigen; einige haben Straßen- oder Stadtbahnnetze geschaffen bzw. ausgebaut und die Kapazität des Schienenpersonenfernverkehrs erhöht, um die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel zu fördern. Nur wenige Länder haben gezielte Maßnahmen zur Eindämmung des Trends zur städtischen Zersiedlung sowie der damit verbundenen Umwelteffekte ergriffen. In Bezug auf die Verringerung der mit dem Seeverkehr verbundenen Umweltrisiken haben sich die OECD-Länder 2001 auf einen Aktionsplan zur Bekämpfung der Substandard-Schifffahrt geeinigt; in Europa wurde 2003 ein geänderter Zeitplan zur rascheren Ausmusterung von Einhüllen-Öltankschiffen beschlossen. Solange dieser Plan jedoch nicht voll in die Praxis umgesetzt ist, besteht weiterhin das Risiko der Verunreinigung der Meeresgewässer durch Öl oder Gefahrstoffe. Auch in Bezug auf die Umwelteffekte des rasch wachsenden Luftverkehrsaufkommens ist Abhilfe dringend nötig, zumal auf den Luftverkehr bereits 11% des verkehrsbedingten Energieverbrauchs entfallen. Es bedarf einer besseren Integration der Verkehrs- und Stadtplanung sowie strategischer Umweltverträglichkeitsprüfungen in der Verkehrsplanung.

Die Energieeffizienz nimmt zu, durch eine bessere Preisgestaltung und raschere Einführung neuer Technologien könnten die Umwelteffekte der Energienutzung jedoch deutlich reduziert werden

Die Effizienz der Energienutzung in den Sektoren Industrie, Haushalte und gewerbliche Kleinverbraucher hat sich im Zuge des technologischen Fortschritts verbessert, der durch die Kombination von Preisanreizen mit ordnungsrechtlichen Instrumenten und freiwilligen Vereinbarungen betreffend den Energieverbrauch von Gebäuden, Elektrogeräten und Elektromotoren begünstigt wurde. Ein Großteil des Potenzials für weitere Verbesserungen der Energieeffizienz ist jedoch noch nicht ausgeschöpft, was sogar für Niedrig- oder Nullkostenoptionen gilt. Beispielsweise gibt es in vielen OECD-Ländern noch immer keine Regelungen für den Stromverbrauch im Standby-Modus, namentlich bei der Unterhaltungselektronik.

Im Bereich der Energieerzeugung und -umwandlung wurde die Umstellung von Kohle auf Gas in vielen OECD-Ländern sowohl durch die Marktkräfte als auch durch Regulierungsreformen gefördert, was der Umwelt zugute kam. Steuerpolitik, Einspeisevergütungen, handelbare Zertifikate für erneuerbare Energien sowie andere Maßnahmen haben zu einer raschen Expansion der Erschließung erneuerbarer Energiequellen und einem verstärkten Einsatz von Kraft-Wärme-Koppelung geführt – allerdings gegenüber niedrigen Ausgangsniveaus. Diese Entwicklungen haben zu einer Verringerung der Kohlenstoffintensität der Energieerzeugung sowie zu einer weiteren Senkung der Schwefeldioxid-, Partikel- und sonstigen Luftschadstoffemissionen geführt. Darüber hinaus wurden in jüngster Zeit mehrere neue Forschungsinitiativen zur Untersuchung der technischen Machbarkeit und Kosteneffizienz von Kohlenstoffbindung und -lagerung gestartet. Der Strukturwandel hat im Verein mit der steigenden Energieeffizienz zu einer gewissen Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Umweltbelastungen geführt. Es dürfte jedoch kaum möglich sein, hier weitere Fortschritte zu erzielen, ohne dass wesentlich ehrgeizigere Maßnahmen, u.a. eine bessere Internalisierung der Umweltkosten in den Energiepreisen sowie eine schnellere Verbreitung sauberer Technologien, ergriffen werden.

Ziel 3:
Verbesserung der Informationen für die Entscheidungsfindung

Ziel 3 der *OECD-Umweltstrategie* veranschaulicht die Notwendigkeit, die Informationen für die Entscheidungsfindung zu verbessern, vor allem durch die Fortschrittmessung anhand von Indikatoren. Im Interesse einer verstärkten Rechenschaftspflicht erstellen viele OECD-Länder kurze Listen summarischer Indikatoren mit hohem Mitteilungswert, während andere mit der Erstellung von Umweltprognosen begonnen haben. Die Zahl der Länder, die im Bereich der Sammlung und Verbreitung von Umweltdaten aktiv sind, hat ebenso zugenommen wie das thematische Spektrum dieser Daten. Als Erfolge können hier vor allem die regelmäßige Erstellung von Emissionskatastern Luft

wie auch die Einrichtung operationeller Schadstoffemissions- und -transferregister (PRTR) in etwa der Hälfte aller OECD-Länder gelten. Für die Berichterstattung über und den Austausch von Umweltinformationen wird zunehmend auf effiziente internetgestützte Technologien zurückgegriffen. Umweltverträglichkeitsprüfungen, Kostenwirksamkeitsstudien bzw. Kosten-Nutzen-Analysen gewinnen ebenfalls an Bedeutung. Es wurde vereinbart, die Methodik der OECD-Umweltprüfungen in absehbarer Zukunft auch auf einige Nicht-OECD-Länder auszudehnen.

Eine bessere Sammlung und Verbreitung von Umweltinformationen trägt zu mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht in der Entscheidungsfindung bei

Allerdings sind qualitativ hochwertige, politisch verwertbare Daten und sektorspezifische Details in wichtigen Bereichen wie biologische Vielfalt, wirtschaftliche Aspekte von Maßnahmen zur Entlastung der Umwelt sowie Risiken der Verseuchung durch giftige Chemikalien nach wie vor rar. Die Aktualität der Daten wie auch ihre internationale und zeitliche Vergleichbarkeit müssen noch erheblich verbessert werden. Gleichzeitig finden es viele Länder zunehmend schwierig, der wachsenden Nachfrage nach Umweltinformationen gerecht zu werden und zugleich ihre Aktivitäten im Bereich der Erfassung von Schlüsseldaten kontinuierlich weiterzuführen.

Ziel 4:
Wechselbeziehungen zwischen sozialen und ökologischen Faktoren

Ziel 4 der *OECD-Umweltstrategie* spiegelt die Notwendigkeit wider, sich mit den Wechselbeziehungen zwischen sozialen und ökologischen Faktoren auseinander zu setzen. Die OECD-Länder haben in diesem Bereich weiter Fortschritte erzielt, beispielsweise durch ihre Arbeiten an einem weltweit harmonisierten System für die Klassifizierung und Kennzeichnung von Chemikalien, die Erprobung und Evaluierung von Stoffen, die die Funktionsfähigkeit des endokrinen Systems beeinträchtigen, die Entwicklung und Überarbeitung von Testleitlinien für Chemikalien sowie die Prävention von Schäden, die durch schwere Unfälle verursacht wurden. Die OECD-Länder haben die Prozesse zur Erprobung und Durchführung von Sicherheitsprüfungen von in großen Mengen hergestellten Chemikalien vorangetrieben. Das Rotterdamer *Übereinkommen über das Verfahren der Vorherigen Zustimmung nach Inkenntnissetzung* (PIC) für den Handel mit Chemikalien trat im Februar 2004 in Kraft, und das Stockholmer *Übereinkommen über persistente organische Schadstoffe* (POP) wird im Mai 2004 rechtskräftig werden. Einige wenige Länder haben Maßnahmen zur Begrenzung der Belastung besonders gefährdeter Gruppen durch gefährliche Chemikalien und Luftverschmutzung eingeführt.

Eine kleine Zahl von OECD-Ländern hat einen Teil des Aufkommens aus umweltbezogenen Steuern zur Reduzierung der Lohnkosten eingesetzt, wenn die Beschäftigungseffekte dieses Konzepts der „doppelten Dividende“ auch erst noch evaluiert werden müssen. Die meisten OECD-Länder haben auf

ein breites Spektrum von Maßnahmen zurückgegriffen, darunter Zollarpassungen, direkte Einkommensstützung und Gutscheine für öffentliche Versorgungsleistungen, um Niedrigeinkommenshaushalten den Zugang zu und die Erschwinglichkeit von Wasser-, Energie- und Abfallentsorgungsdiensten zu garantieren, wobei zugleich die Anreize für Umweltverbesserungen beibehalten wurden. Die meisten OECD-Länder haben in Bezug auf Informationen, Beteiligung der Öffentlichkeit am Entscheidungsprozess, Möglichkeit der Inanspruchnahme des Rechtswegs wie auch Umwelterziehung Fortschritte erzielt. Jedoch ist der Zugang zu Umweltinformationen, die sich im Besitz von Ministerien (außer Umweltministerium) bzw. halbstaatlicher Einrichtungen befinden, nicht überall im gleichen Maße gewährleistet.

Ziel 5:
Verbesserung von internationaler Governance und Zusammenarbeit im Umweltbereich

Ziel 5 der *OECD-Umweltstrategie* hebt die Notwendigkeit hervor, Governance und Zusammenarbeit im Licht der globalen Interdependenz im Umweltbereich zu verbessern. Die internationale Umweltgovernance ist durch das Inkrafttreten einer Reihe multilateraler Umweltabkommen (MEA) verstärkt worden. Eine noch größere Anzahl von Umweltabkommen wurde bereits von den OECD-Ländern ratifiziert, doch sind noch nicht alle davon in Kraft getreten. Ferner haben die OECD-Mitgliedstaaten Maßnahmen zur Stärkung der Kontroll- bzw. Prüfmechanismen verschiedener bereits existierender Übereinkommen sowie zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Sekretariaten der multilateralen Umweltabkommen unterstützt. Auch wirtschaftliche Übereinkommen enthalten zunehmend Umweltelemente – das gilt beispielsweise für die regionalen und bilateralen Investitions- und Handelsabkommen wie auch für die Erklärung der WTO-Minister von 2001 (Entwicklungsagenda von Doha). Nur geringe Fortschritte wurden hingegen bei der Ratifizierung einer Reihe internationaler Übereinkommen über die Haftung bei Umweltschäden erzielt.

Die Ressourcenmobilisierung reicht zur Verwirklichung der international vereinbarten Umweltziele, wie Zugang zu Trinkwasser und sanitären Einrichtungen nicht aus

Die Mitgliedsländer des OECD-Entwicklungsausschusses (DAC) haben seit 1998 jährlich rd. 50-55 Mrd. US-\$ in Form öffentlicher EZ-Leistungen (ODA) bereitgestellt, wovon rd. 5-6 Mrd. US-\$ für Umweltaktivitäten vorgesehen sind. Außerdem arbeiten die DAC-Mitglieder an der systematischen Berücksichtigung von Umweltbelangen, wie z.B. Klimaänderungen, in ihren EZ-Kernaktivitäten. Trotz des Anstiegs der ausländischen Direktinvestitionen reicht die Ressourcenmobilisierung derzeit nicht aus, um die international vereinbarten Ziele, wie die Verpflichtungen von Johannesburg in Bezug auf den Zugang zu Trinkwasser und sanitären Einrichtungen, zu realisieren.

Die OECD-Länder einigten sich 2003 auf gemeinsame Strategien zur Berücksichtigung von Umweltfaktoren bei der

Vergabe von Exportkrediten. Seither haben mehrere OECD-Länder ihre Anforderungen an Umweltverträglichkeitsprüfungen für Projekte, die von Kreditbürgschaften profitieren, verschärft und andere Schritte in die Wege geleitet, um die Integration von Umweltzielen in Projektplanung und Finanzierungsentscheidungen transparenter zu gestalten. Ferner haben sie die Umsetzung der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen, einschließlich der darin enthaltenen Umweltkomponenten gefördert. Die Praxis der Umsetzung von Umweltmanagementsystemen und der Veröffentlichung von Umweltberichten hat sich im Unternehmenssektor der OECD-Länder ausgeweitet, wenn auch nur wenige Unternehmen systematisch die Umweltkosten erfassen bzw. diesbezüglich Bericht erstatten und eine noch kleinere Zahl von der Möglichkeit einer Zertifizierung ihrer Berichte durch Dritte Gebrauch macht.

Weitere Arbeiten der OECD:

Die OECD wird weiterhin die Umsetzung der OECD-Umweltstrategie auf Länderebene unterstützen

Bei der Umsetzung der meisten in der *OECD-Umweltstrategie* aufgelisteten nationalen Aktionen sind Fortschritte erzielt worden, doch bedarf es weiterer Maßnahmen, wenn alle Ziele bis 2010 erreicht werden sollen. Die Politikreform stößt nach wie vor auf Hindernisse; so gilt es z.B., die Umweltbelange besser in die wirtschaftliche und sektorale Politik zu integrieren, die Angst vor einem Verlust an Wettbewerbsfähigkeit bzw. vor sozialen Auswirkungen zu überwinden, das wissenschaftliche Verständnis zu verbessern und verlässliche sowie vergleichbare Umweltdaten zu sammeln. Die OECD wird die Mitgliedsländer bei der Umsetzung der *OECD-Umweltstrategie* weiter unterstützen, indem sie analytische Arbeiten zu der Frage durchführt, wie diese Hindernisse überwunden werden können, und indem sie die von den einzelnen Ländern erzielten Fortschritte anhand von Umweltindikatoren und länderspezifischen Umweltprüfungen beobachtet.

Zusammenfassungen in Drittsprachen enthalten auszugsweise Übersetzungen von OECD-Publikationen, deren Originalfassungen in englischer und französischer Sprache veröffentlicht wurden. Sie sind unentgeltlich beim Online-Bookshop der OECD erhältlich unter www.oecd.org/bookshop/.

Sie suchen Zusammenfassungen in Drittsprachen?

Titelsuche

Wenn Sie den Titel der von ihnen gesuchten Veröffentlichung kennen, geben Sie den englischen Titel in die Suchmaschine des Online-Bookshop im Feld „*Title Search*“ ein und gehen Sie die Liste der Suchergebnisse durch. Alle verfügbaren Übersetzungen sind in der Liste aufgeführt.

Sprachensuche

Wählen Sie in der weiterführenden Suche des Online-Bookshop im Feld „*Language*“ eine Sprache aus, um eine Liste der Übersetzungen in der gewählten Sprache zu erhalten.

Fragen bzw. Kommentare?

Bitte wenden Sie sich direkt an die OECD Rights and Translation unit, Public Affairs and Communications Directorate.

E-Mail : rights@oecd.org

Fax: +33 1 45 24 13 91

Adresse: OECD Rights and Translation unit (PAC)
2, rue André-Pascal
75775 Paris cedex 16
France

Besuchen Sie unsere Website www.oecd.org/rights/

Diese Zusammenfassung ist keine amtliche OECD-Übersetzung.



© OECD, 2004

Die Wiedergabe dieser Zusammenfassung ist unter Angabe der Urheberrechte der OECD sowie des Titels der Originalausgabe gestattet.